BAD SASSENDORF BEB.PLAN NR. 9

5. ÄNDERUNG

5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 9 der Gemeinde Bad Sassendorf

Präambel:

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. 1979 S. 594) i.V.m. § 2 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977 (BGBl. I. S. 1763)

i.V. mit § 4 der ersten Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 21. April 1970 (GV. NW. 1970 S. 299)

hat der Rat der Gemeinde Bad Sassendorf die planungsrechtlichen Festsetzungen dieser Bebauungsplanänderung gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.

Aufgrund der § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV.NW 1975 S. 94), des § 2 Abs. 1 + § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und der § 103 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 1970 (GV.NW .. 96),

hat der Rat der Gemeinde Bad Sassendorf in seiner Sitzung am 26.2.1976 ..... den planungsrechtlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. 9 gemäß § 10 BBauG und die Gestaltungsvorschriften gemäß § 103 BauONW als Satzung beschlossen.

Festsetzungen

- Änderungsbereiche A B C D E F G (2) NEBENANLAGEN Gem. § 23(5) BauNVO SIND NICHT ZULÄSSIG
- Erweiterungsbereich H
- WA — Allgemeines Wohngebiet
- Baugrenze
- überbaubare Grundstücksfläche
- nicht überbaubare Grundstücksfläche
- zB II — Zwei- und dreigeschossig (Höchstgrenze)
- zB 0,3 — Grundflächenzahl
- zB (1,0) — Geschossflächenzahl
- GGa — Gemeinschaftsgaragen
- Ga — Garagen
- ST — Stellplätze
- Verkehrsfläche / Begleitgrün — Verkehrsflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BBauG
- Wohnweg befahrbar
- Sichtwinkel
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Zwingende Anpflanzung von Bäumen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BBauG
- LÄRMSCHUTZWALL — Schallschutz gem. § 9 (1) Nr. 24 BBauG: Bei der geplanten baulichen Anlage auf dem der Bundesbahn am nächsten gelegenen Grundstück K sind Fenster von schutzbedürftigen Räumen mit Sichtbeziehung zur Bahn aus Immissionsschutzgründen mit Schallschutzfenstern der Schallschutzklasse 2, die der VDI-Richtlinien entsprechen einzubauen. Wohn- und Schlafräume nur dann in sind nicht für Erweiterungsbereich H und Änderungsbereich F) zulässig.

Gestaltungsvorschriften:
- Hauptfirstrichtung
- 38° SD — Dachneigung
- Nur Satteldächer zulässig
- Drempel max. 0,90 m gemessen von der Oberkante Stahldecke bis Unterkante Sparren OKFE max. 0,3 m über OK Straße

Sonstige Darstellungen
- Aufzuhebende Grundstücksgrenze
- Vorgeschlagene Grundstücksgrenze

1) 15.3.1978
2) 30.12.1978
3. 22.8.1979

Der Rat der Gemeinde Bad Sassendorf hat am ..... gemäß § 2 (1) BBauG beschlossen, diese Planänderung durchzuführen. Änderungsbereiche F-G + Bauzeile Reifs-Münstermann.

Bad Sassendorf, den 27.4.1983

Bürgermeister / stellv. Bürgermeister — Schriftführer — Ratsmitglied — Gemeindedirektor

Die Bürgerbeteiligung für diese Planänderung gem. § 2a BBauG hat am/vom 18.4.1978, 24.9.1979 u. 30.9.1981 stattgefunden.

Bad Sassendorf, den 27.4.1983

Gemeindedirektor

Diese Bebauungsplanänderung hat mit Begründung gem. § 2 a (6) BBauG vom 1. vom 27.3.1981 bis 4. vom 3.6.1982 .....auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegen.
Ort und Zeit der Auslegung sind am 1) 12.3.1979 2) 3) 26.5.1982 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Bad Sassendorf, den 27.4.1983

Gemeindedirektor

Diese Planänderung ist gem. § 10 BBauG vom Rat der Gemeinde Bad Sassendorf am 27.4.1983 als Satzung beschlossen worden.

Bad Sassendorf, den 27.4.1983

Bürgermeister — Schriftführer — Ratsmitglied

Die Gestaltungsvorschriften sind gem. § 103 (1) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verfügung vom 11.03.83 Az. 23-510.446/83 genehmigt worden.

~~Bad Sassendorf~~ Soest, den 11.04.83

Kreisbaudirektor

Diese Bebauungsplanänderung ist gem. § 11 BBauG vom 18.8.1976 mit Verfügung vom 1.6.1982 Az. 35.2.1-3.8-100/74 genehmigt worden.

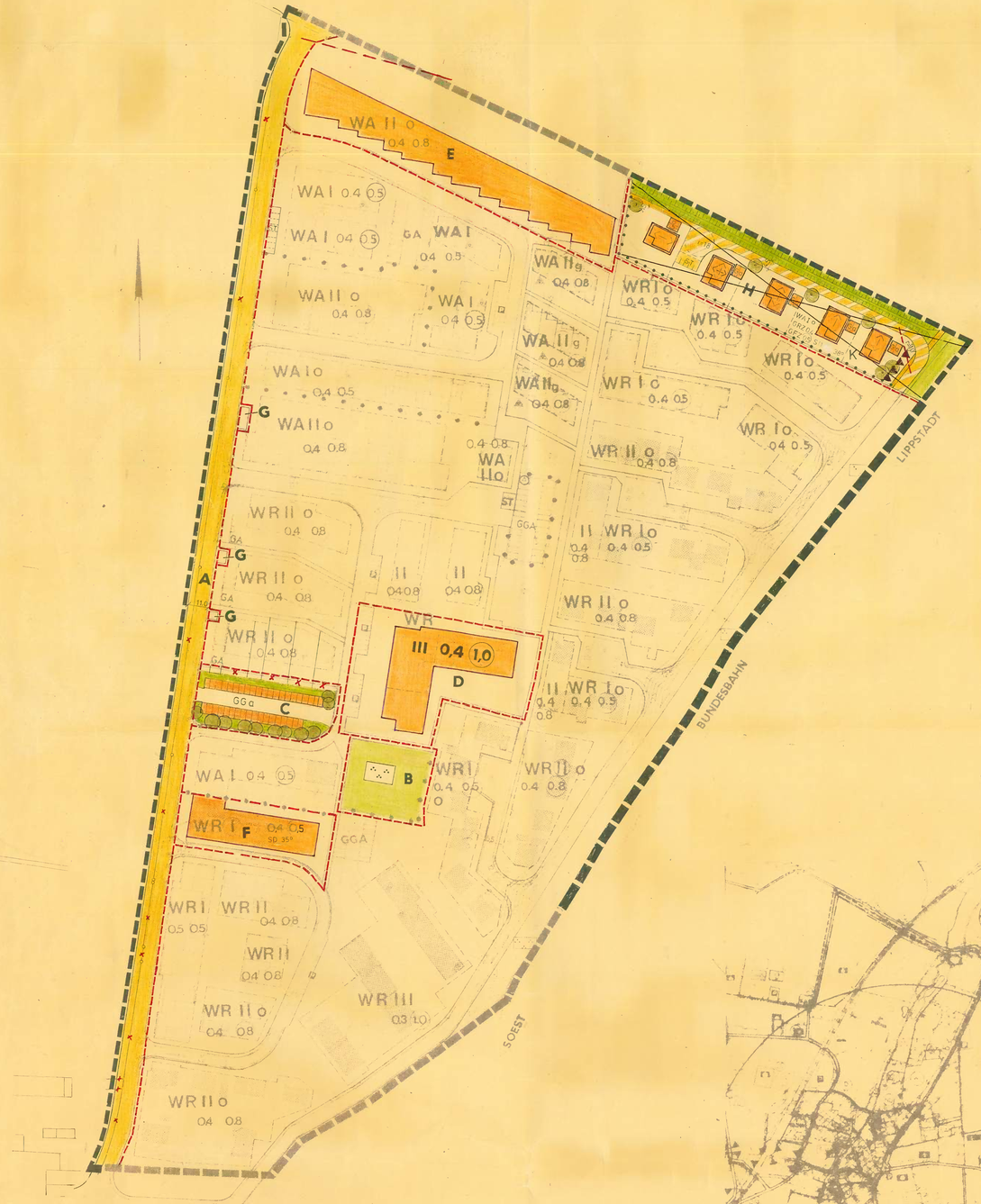
Arnsberg, den 1.6.1982

Der Regierungspräsident

Diese mit Verfügungen durch den Regierungspräsidenten am 1. Juni 1983 und durch den Kreis Soest am 11. Juli 1983 genehmigte Bebauungsplanänderung tritt mit der Bekanntmachung der Genehmigungen gem. § 12 BBauG vom 18.8.1976 und gem. § 103 (1) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen am 30.7.1983 in Kraft.
Die Bebauungsplanänderung liegt während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung öffentlich aus.

Bad Sassendorf, den 1. August 1983

Bürgermeister



Festsetzungen gem. § 9 (1) und (3) BBauG

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Beb.Planes gem. § 9 Abs. 7 BBauG
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung gem. § 16 Abs. 5 BauNVO

Auch die grünen Straßenbegrenzungslinien stellen Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzung dar.

Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO
Hauptgebäude und Nebenanlagen dürfen diese Linie nicht überschreiten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.

Überbaubare Grundstücksflächen
Sie umfassen die überbaubaren Grundstücksflächen.

WA — Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO
Zulässig sind:
1. Wohngebäude,
2. Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
Von den Ausnahmen gem. § 4 (3) BauNVO ist gem. § 1 Absatz 5 BauNVO Ziffer 1 (Gastwirtbe des Beherbergungsgewerbes) allgemein zugelassen. Die übrigen Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 - 5 sind nicht zulässig.

WR — Reines Wohngebiet gem. § 3 BauNVO
Zulässig sind Wohngebäude.
Ausnahmen gem. § 3 (3) BauNVO sind allgemein zugelassen. Die Beherbergungsgewerbes allgemein zugelassen.

Bauweise, Grundstücksflächen gem. § 22 Abs. 1 BauNVO
Es ist zulässig überwiegend Grundstücksflächen bebaut werden, wenn die Abstandflächen (OBO. - § 7 BauNVO) eingehalten werden. Auf Grund der baulichen Nutzung wird Absatz 3 Satz 3 Nr. 1 BauNVO, soweit es durch die in Satz 2 festgesetzte Zahl von Grundstücksflächen und Ausnutzungsziffern (GRZ / GFZ) nicht eingeschränkt wird.

Überwiegend überbaubare Grundstücksflächen
Es ist zulässig überwiegend Grundstücksflächen bebaut werden, wenn die Abstandflächen (OBO. - § 7 BauNVO) eingehalten werden. Auf Grund der baulichen Nutzung wird Absatz 3 Satz 3 Nr. 1 BauNVO, soweit es durch die in Satz 2 festgesetzte Zahl von Grundstücksflächen und Ausnutzungsziffern (GRZ / GFZ) nicht eingeschränkt wird.

Nebenanlagen gem. § 23 (5) BauNVO
Nebenanlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandflächen zulässig sind, können auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zugelassen werden, soweit sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Hiervon sind Stellplätze gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BBauG ausgenommen.

Garagen gem. § 23 (5) BauNVO
Garagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen nur zulässig, wenn sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

Flächen für Gemeinschaftsgaragen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BBauG
Garagen sind außerhalb der überbaubaren Flächen nur an den mit Ga und GGA festgesetzten Stellen zulässig.

Garagen sind so anzuordnen, daß vor den Garagen eine Abstellfläche von mindestens 5,5 m Länge zwischen Straßenbegrenzungslinie und Garagenvorderwand entsteht.

Flächen für Stellplätze gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO

Flächen für Anpflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BBauG

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für Ablagerungen (Erdaufschüttungsmaterial)

Flächen für Versorgungsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BBauG

Flächen für Wald gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 BBauG

Grünflächen, Spielplatz gem. § 9 Abs. 1 Nr. 8 BBauG

Flächen für den Gemeinbedarf gem. § 9 Abs. 1 Nr. 5 BBauG

Grundstück für den Gemeinbedarf

Gestaltungsvorschriften gem. § 103 (1) Nr. 1 und 2 BauONW

An Hauptgebäuden mit § 4 der 1. DVO zum BBauG

Flachdach, Garagen sind mit Flachdach auszuführen.

Außer den mit FD gekennzeichneten Flächen sind Satteldächer zulässig. Die Dachneigung der Satteldächer darf bei eingeschossigen Gebäuden mit Ausnahme der mit Ga und GGA gekennzeichneten Flächen, Baulichen Anlagen mit mehr als 2 Geschossen mit Flachdach versehen werden. Die Dachneigung darf nicht mehr als 38° betragen. Bei Reihenhäusern darf der Dachneigungswinkel 45° nicht von der Grundzahl 90 abweichen.

Die Einfriedigung der Baugrundstücke zur Straße hin entlang der Straßenbegrenzungslinien darf nur aus Hecken bis zu 1,00 m Höhe oder als Holzspreizzaun bis zu 60 cm Höhe ausgeführt werden. Werden die zulässigen Zaunhöhen in Verbindung mit Stützmauern (Böschungsmauern) angelegt, so darf die Gesamthöhe der Anlage 1,20 m nicht überschreiten.

Sonstige Darstellungen (Festsetzungsfähig gem. § 9 (1) BBauG, jedoch ohne Gestaltungscharakter)

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 5. Änderung des Bebauungsplanes
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Bad Bodenstand
- Vorhandene Gebäude
- Vorgeschlagene Grundstücksgrenzen
- Vorhandene Grundstücksgrenzen
- Vorhandene Gebäude
- Vorgeschlagene Gebäude
- Vorhandene Gebäude
- Vorgeschlagene Gebäude
- Vorhandene Gebäude
- Vorgeschlagene Gebäude